

DER ELSensee - EINE LANGE GESCHICHTE

Bereits in den 90er Jahren hatte eine Unternehmerin ein 15 Hektar großes Areal des Kaulsdorfer Elsensees erworben. Ihr Vorhaben: Ein großes Freibad mit Wasserski-Anlage zu bauen – das erste Freibad in der Umgebung.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände sowie viele der AnwohnerInnen fürchteten jedoch eine Zerstörung des Biotops "Elsensee". Für die um den Elsensee angrenzenden Haushalte bestand zusätzlich das Problem, dass sie von der Wasserqualität des Elsensees direkt abhängig sind.

Zusätzlich hätten die geplanten ca. 1.000 Badegäste am Tag das jetzt schon stark belastete Siedlungsgebiet verkehrstechnisch vollkommen überfordert. Nachdem die Investorin jedoch ankündigte, trotzdem fortfahren zu wollen, kaufte eine BürgerInnenvereinigung einen Teil des Seearals und stellte sich so effektiv dem Projekt entgegen.

Der Berliner Senat erklärte auf eine kleine Anfrage von Stefan Ziller, dass der Elsensee nach §26a des Berliner Naturschutzgesetzes unter Schutz steht. Wir setzen uns weiter dafür ein, keine weiteren Steuermittel für die Planungen einzusetzen und das Projekt zu beenden.

MACHEN SIE MIT!

Uns ist wichtig, dass möglichst viele BürgerInnen den Umweltschutz mitgestalten und kontrollieren. Ohne die vielen aktiven BürgerInnen, die sich vorbildlich engagieren, ist echter Naturschutz nur schwer möglich.

Helfen auch Sie uns, einen grünen Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu gestalten und zu schützen. Gerne können Sie uns auch besuchen und in unserer Bezirksgruppe aktiv werden - oder sie erzählen uns in unserer BürgerInnen-sprechstunde wo sie noch Nachholbedarf sehen!

Gemeinsam ist Umweltschutz möglich.

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen
in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Sie erreichen uns am Helene-Weigel-
Platz im Rathaus (R. 1058)

Tel: 030 / 90 293 5817

www.gruenemarzahnhellersdorf.de



MARZAHN- HELLERSDORF

*"Wir müssen das
vorhandene Grün
in Berlin erhalten!"*

UNSEREN BEZIRK UMWELT- FREUNDLICH GESTALTEN!

Klima- und Naturschutz gehören zu den wichtigsten Themen unserer Zeit - spätestens seit dem die verheerenden Auswirkungen, die der Klimawandel für uns und unsere Umwelt haben wird, von niemandem mehr geleugnet werden kann.

Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich daher mit besonderem Schwerpunkt für gerechten Umweltschutz ein, der auch gelebt wird. Umweltschutz bedeutet dabei aber auch, etwas zu tun und zwar konkret und vor Ort.

Als BürgerInnen Berlins und des Bezirks Marzahn-Hellersdorf verstehen wir es dabei als unsere Pflicht Umweltthemen auch in dem Bezirk Bedeutung und eine konkrete Ausgestaltung zu verleihen.

Unser Leitbild folgt sich dabei den Zielen der lokalen Agenda 21. Unsere Anknüpfungspunkte und Ziele sind dabei:

- Die naturnahe Entwicklung des Wuhletals. Noch fehlende Arbeiten zur Renaturierung müssen zügig umgesetzt werden.
- Der Biotopverbund zur Erhaltung der natürlichen Artenvielfalt soll weiter entwickelt werden.
- Ungenutzte Flächen in der Nähe von Naturräumen wollen wir für eine nachhaltige naturnahe Nutzung sichern.
- Die Umweltbildung muss ausgebaut werden, um das Umweltbewusstsein gerade junger Menschen zu fördern.
- Natur- und Grünverwaltungen müssen besser ausgestattet werden, um endlich wieder Baumnachpflanzungen zu sichern. Die im Notfall notwendige Fällung von Bäumen muss transparent gestaltet werden.

Unsere Arbeit war bereits in vielen Punkten erfolgreich:

Einige Projekte konnten wir schon umsetzen und klare Gegenstandspunkte schaffen, um uns für den Erhalt der Marzahn-Hellersdorfer Natur einzusetzen.

Gerade der letzte Punkt war uns in den vergangenen Wochen ein besonders großes Anliegen, da hier ein Defizit vieler Bezirksverwaltungen und so auch der unseren zu finden ist:

Zum einen ist die Bilanz zwischen Baumfällungen und Neupflanzungen ungenügend. Die meisten Baumfällungen finden dabei zwar aus nachvollziehbaren Gründen statt, etwa wie der Befall des Baumes durch eine Krankheit, andere scheinen weniger sinnvoll und werden, wenn überhaupt nur der faden Begründung der „Verkehrssicherheit“ abgelegt.

Dabei reichen die vom Senat für die Pflanzung neuer Bäume bereitgestellten Mittel nicht aus, um den Bestand nachhaltig zu sichern.

Sogar der Senatsbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege sieht hier dringenden Handlungsbedarf.



Ein von Bündnis 90 / Die Grünen beantragtes Sonderprogramm lehnte der Rot-Rote Senat leider ab. Das wirkt sich nun negativ auf die Baumbilanz Berlins aus.

Dabei sind neben den Straßenbäumen gerade in den heißen Sommertagen auch Bäume außerhalb des Straßenraumes zur Verschattung wichtig.

Ein zweites Problem liegt in der Kommunikation der geplanten Baumfällungen nach außen: Für die BürgerInnen ist in vielen Fällen, so auch in Marzahn-Hellersdorf, der im Bundesnaturschutzgesetz festgeschriebene transparente Umgang durch rechtzeitige und umfassende Informationen kaum realisiert.

Aktuelle Geschehnisse zeigen uns, dass Umwelt- und Naturschutz an vielen Stellen noch lückenhaft und fehlerbehaftet sind.

WIR FORDERN

- Mehr Transparenz bei geplanten Baumfällungen, auch Einwände seitens der BürgerInnen müssen zugelassen werden.
- Die genaue Überprüfung von bedrohten Bäumen bei Einwänden von BürgerInnen - notfalls auch durch Zweitüberprüfungen.
- Die Bereitstellung von Mitteln, um für genügend Bäumnachpflanzungen Sorge tragen zu können.

Wie dringend der Handlungsbedarf ist, zeigt folgendes aktuelle Beispiel vom 16. Februar 2010 in der Lappiner/Prignitz Straße. Dort hatten BauarbeiterInnen nach Anweisungen des Grünflächenamtes begonnen einen bekannten Fledermausbaum zu fällen.

AnwohnerInnen, die um die Fledermäuse wussten, versuchten rechtzeitig den Abbruch einzuleiten, doch sie wurden ignoriert. In der Folge wurden 25 Abendsegler regelrecht zersägt, eine Straftat nach § 42 des Bundesnaturschutzgesetzes.

Der Vorfall zeigt zweierlei Verfehlungen: Zunächst wurde unzureichend über die geplanten Baumfällarbeiten informiert. Den BürgerInnen wurde so die Möglichkeit genommen, die Ordnungswidrigkeit bei der Baumfällung des Fledermausbaumes im Vorfeld zu verhindern.

Auch hätten die MitarbeiterInnen des Grünflächenamtes durchaus dazu im Stande sein müssen den Baum als Fledermausbaum zu erkennen: Nicht zuletzt weil sie erst 2008 im Bereich des Artenschutzes ausführlich geschult worden waren.



Doch die Einsparungen in den Grün- und Naturschutzverwaltungen haben ihre Spuren hinterlassen. Sie sind den Einsparungen kaum noch in der Lage ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen.

Unsere Bezirksverordneten in der BVV sehen es daher als ihre Pflicht nachzufragen, wenn das Bezirksamt sich anschickt, Bäume zu fällen, oder wenn die lautstark angekündigten Senatsmittel für die Nachpflanzung von Straßenbäumen auf sich warten lassen.

Uns zeigt das Beispiel deutlich, dass Umweltschutz dann am besten realisiert wird, wenn auch die BürgerInnen sich in der Verpflichtung sehen, Fahrlässigkeiten aufzuzeigen. Engagement, wie es die BürgerInnen beim Vorfall in der Lappiner Str. gezeigt haben, ist vorbildlich.